

Gebremst optimistisch

Der Mordfall Bety Cariño und Jyri Jaakkola in Oaxaca/ Mexiko könnte international untersucht werden



Darin waren sich alle einig, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen: "So kann es nicht weitergehen." Die einen, Familienangehörige, grüne Europaabgeordnete und Anwält*innen, wollten bei ihrem Besuch in Mexiko diesen Oktober, zwölf Jahre nach dem Mord an Bety Cariño und Jyri Jaakkola in Oaxaca, endlich Aufklärung und Verurteilung der Täter. Die anderen, auf Regierungsseite, wären den piesackenden Stein im Schuh, nämlich die internationale Aufmerksamkeit für den Fall, gerne los. Nun stehen die Chancen gut, dass der Fall vor die Interamerikanische Menschenrechtskommission kommt. Das wäre eine gute Perspektive, auch wenn solche Verfahren sehr lange dauern.

er Fall an sich ist emblematisch. Im April 2010 machte sich eine Autokarawane aus Mexiko-Stadt auf den Weg zu der autonomen indigenen Gemeinde San Juan Copala im Bundesstaat Oaxaca, um den Einwohner*innen Nahrungsmittel, Medikamente und Trinkwasser zu bringen.

VON GABY KÜPPERS

Die selbst erklärte Autonomie der Triqui-Indigenen in der Hauptgemeinde ihres Gebiets war dem Gouverneur Oaxacas, Ulises Ruiz von der damaligen Regierungspartei PRI, ein Dorn im Auge. Der Ort wurde von Mitgliedern der UBISORT, einer mutmaßlich vom Haushalt des Gouverneurs finanzierten paramilitärischen Gruppe, seit Monaten belagert.

Als die Karawane sich dem Ort näherte, eröffneten die Ulises Ruiz nahestehenden Paramilitärs das Feuer und erschossen gleich im ersten Auto die Menschenrechtsverteidigerin Bety Cariño sowie den internationalistischen Aktivisten Jyri Jaakkola aus Finnland. Dazu verletzten sie über 20 weitere Teilnehmer*innen, teilweise schwer.

Von Anfang an setzte sich die finnische Botschaft gemeinsam mit den Eltern Jyri Jaakkolas für eine Aufklärung des Verbrechens ein, desgleichen grüne Europaabgeordnete (MEPs) und die Anwält*innen Karla Micheel Salas und David Peña. Seit 2015 kämpft Mutter Eeva-Lena alleine, ihr Mann Reimo starb "an gebrochenem Herzen", sagt sie. In einem Rechtsstaat hätte die Justiz mit Unterstützung der politischen

Behörden die Schuldigen längst vor Gericht gestellt und verurteilt. Nicht so in Mexiko.

Im März 2020 sollte wieder eine der jährlichen Reisen der MEPs zu Regierungs- und Justizstellen in Mexico-Stadt und Oaxaca stattfinden, um auf Aufklärung zu dringen. Dies wurde durch die Pandemie verunmöglicht. Es wäre die elfte Delegation in gleicher Besetzung gewesen.

Bislang erreichten die Europäer*innen kurz vor jeder Abreise Nachrichten über einen angeblichen Fortschritt mit der unterschwelligen Botschaft: "Kommt nicht, wir kriegen das baldigst auch ohne euren Druck hin." Einmal war es die Ankündigung eines (sehr nötigen) Zeug*innenschutzprogramms, einmal eine Festnahme, dann wieder die Lokalisierung eines untergetauchten Verdächtigen. Im Laufe der Zeit wurde klar, dass die Ankündigungen nichts als heiße Luft waren, zumal sich die bundesstaatliche und die föderale Ebene den Ball in Sachen Zuständigkeit hin und her spielten, um Untätigkeit - um nicht zu sagen: Komplizenschaft mit den Auftraggebern des Verbrechens – zu kaschieren. Die Morde selbst sind laut mexikanischem Rechtssystem Sache des Bundesstaats Oaxaca. Die Bildung einer kriminellen Vereinigung, das Tragen von Waffen aus Heeresbeständen und terroristische Aktivitäten dagegen sind Kompetenz der nationalen Justiz. Letztere hatte alle Untersuchungen diesbezüglich 2016 auf Eis gelegt, "die Verdachtsmomente reichten nicht aus".

Dass in diesem Oktober 2022 wieder eine europäische Delegation in Sachen Jyri und Bety nach Mexiko kommen würde, muss dort Hektik ausgelöst haben. Fast schon erwartet, traf auch diesmal wieder eine Nachricht zum Stand des Falles ein, allerdings ganz anderen Inhalts. Am 8. September wurde Eeva-Lena Jaakkola per E-Mail informiert, am Vortag sei das Verfahren in den Mordfällen Bety Cariño und Jyri Jaakkola im zuständigen Gericht in Huajuapán/Oaxaca eingestellt und die letzten vier Verdächtigen mangels Beweisen freigelassen worden. Aktendeckel zu. Alle anderen Verbrechen an den übrigen Teilnehmer*innen der Karawane wurden ohnehin nie untersucht.

Eigentlich wollten die Mutter Jyris und sein jüngerer Bruder im Oktober erstmals gemeinsam mit den grünen Europaabgeordneten Ska Keller und Anna Cavazzini nach

Dez. 2022

Mexiko fahren. Ergab die Reise nun noch Sinn? Ja, aber mit einem neuen Ziel! Der dem Urteil zugrundeliegende "Mangel an Beweisen" habe eindeutig die Ursache, dass sich keine der indigenen Zeug*innen in den Gerichtssaal wagten; da sie staatlicherseits keinerlei Schutz zugesagt bekamen und Drohungen der weiter aktiven Paramilitärs sehr ernst waren, war das logisch, meinte der Anwalt David Peña. Außerdem seien Gruppenzugehörigkeiten und Loyalitäten der waffentragenden Gruppen seit 2010 noch komplizierter geworden, sodass Schweigen das sicherste Überlebensmittel in der Bevölkerung sei.

Das Ende des Verfahrens in Oaxaca und die ruhenden Untersuchungen auf föderaler Ebene seien die Voraussetzung, den Fall an die Interamerikanische Menschenrechtskommission CIDH zu geben. Die wird nämlich nur aktiv, wenn die nationalen Rechtskanäle ausgeschöpft sind.

Solidarische Organisationen in Oaxaca gaben zu bedenken, dass internationale Verfahren viele Jahre dauerten und es nötig sei, "hier und jetzt" Erinnerungsarbeit zu machen, um anhand eines konkreten Falles das Ende der Straflosigkeit allgemein einzufordern. Das ist auch die Meinung von Eeva-Lena Jaakkola und Bety Cariños Ehemann Omar Esparza, der bei jeder Reise dabei war. Dafür wurden erste Schritte eingeleitet. So soll es 2023, dreizehn Jahre nach den Morden, einen Grafikwettbewerb in Erinnerung an Bety und Jyri geben, der in den folgenden Jahren auch weitere ermordete Menschenrechtsverteidiger*innen in Oaxaca zum Thema haben könnte. Desgleichen könnte ein Blog eingerichtet werden und ein Stipendium "Bety" und ein Stipendium "Jyri" an Menschenrechtsverteidiger*innen in Lebensgefahr oder Familien ermordeter Aktivist*innen vergeben werden. Es geht darum, über Erinnerungskultur diejenigen, die Widerstand leisten, weiter zu motivieren.

Wie lange es dauert, bis eine Untersuchung des CIDH zum Abschluss kommt, zeigt der bekannte Fall Digna Ochoa. Im Januar dieses Jahres (2022) hatte der der CIDH nachgeschaltete Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) zu der vor 21 Jahren (!) in Mexiko-Stadt erschossenen Menschenrechtsanwältin Digna Ochoa endlich ein Urteil gefällt. Die damalige PRI-Regierung hatte stets einen Selbstmord behauptet. Dafür entschuldigte sich die jetzige MORENA-Regierung, neun Monate nach dem IACHR-Urteil, diesen Oktober und erfüllte damit einen der 15 Punkte des Urteils (life siehe: https://www.youtube.com/watch?v=nrMal-Z6o7lA). Ein weiterer Punkt betrifft die Ausarbeitung eines Zeug*innenschutzmechanismus, wozu die Regierung erst im Oktober ein allererstes Treffen einberief.

Auch wenn die Übergabe des Bety-Jyri-Falles an den CIDH, der dann über die nächste gerichtliche Stufe IACHR entscheiden muss, sich sicher ebenfalls elend lange hinzöge, sei er unabdingbar zur Überwindung der Straflosigkeit in Mexiko, befanden Eeva-Lena Jaakkola und Omar Esparza als unmit-

telbar Betroffene. Arturo Peimbert, Generalstaatsanwalt in Oaxaca, zeigte sich mit dem Schritt einverstanden und übergab den Familien Esparza und Jaakkola die all die Jahre unter Verschluss gehaltene komplette Akte des Falles. Ein Riesenschritt vorwärts, wenn auch ein Zweifel ob Peimberts Motiven blieb: Warum hatte er in seiner Zeit als Ombudsmann Zeug*innenschutz gefordert, als späterer Staatsanwalt aber nichts davon umgesetzt?

Wer was warum macht, ist in Mexiko nicht wirklich zu durchschauen. Vom Übergangskabinett in Oaxaca, wo am 1. Dezember 2022 der MORENA-Kandidat Salomón Jara den PRI-Gouverneur Murat ablöst, bekam die Delegation die Versicherung, die Regierung werde die CIDH-Befassung mit dem Fall unterstützen. Stirnrunzeln löste gleichzeitig die Tatsache aus, dass Salomón Jara einen Tag nach der Urteilsverkündigung in Huajuapán die Führung der bewaffneten paramilitärischen Gruppe MULT, in der die für den Mord an Bety und Jyri verantwortliche UBISORT inzwischen aufgegangen ist, besuchte, "da sie seine Wahlkampagne unterstützt habe".

Alejandro Encinas, der als Abgeordneter, damals PRD, einen guten Monat nach dem Mord an Jyri und Bety im Mai 2010 ebenfalls versucht hatte, San Juan Copala zu erreichen, und wegen des paramilitärischen Beschusses abdrehen musste, ist inzwischen der Menschenrechtsbeauftragte der mexikanischen Regierung. Im August 2022 legte er einen ersten Bericht der Regierung zum Fall des Verschwindens von 43 Lehramtskandidaten der Fachhochschule Ayotzinapa vor, in dem erstmals die staatliche Verantwortung (der damaligen PRI-Regierung) für das Verbrechen eingeräumt wurde. Auch er sagte zu, die Übergabe des Jyri-Bety-Falls an den CIDH zu unterstützen. Vertreter*innen des Innen-und des Außenministeriums nicken.

Aber was ist, wenn die föderale Justiz den auf Eis gelegten Fall auftaut? Die Rechtsanwält*innen Micheel Salas und David Peña hoffen, dass dieser Schritt, der die Anrufung des CIDH um Jahre und Jahrzehnte aufschieben könnte, nicht geschieht.

Im Moment sieht in Mexiko alles danach aus, dass MORENA trotz aller Kritik, auch an den weiter steigenden Menschenrechtsverletzungen, die Wahlen 2024 wieder gewinnen wird. Die nächste Präsidentin könnte Claudia Sheinbaum heißen, derzeit Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt - wenn in Mexiko eine Mehrheit bereit ist, eine Frau zur Präsidentin zu wählen. 2010 stand Claudia Sheinbaum im Hintergrund eines Videos, auf dem Bety Cariño mit Mikro in der Hand gegen Multis wettert, die Raubbau an Rohstoffen betreiben. Anlass war der Mord an Mariano Abarca in Chiapas im November 2009 im Umfeld des kanadischen Bergbauunternehmens Blackfire Exploration (https://www.youtube.com/watch?v=GOMLrj7y0zM). Sheinbaum müsste also Situation und Mordfall kennen und das Richtige unterstützen. Aber weiß man's?

Dez. 2022